Die Dorfschell

Zeitung des **SPD**-Ortsvereins Olsbrücken/Frankelbach, Ausgabe Juni 2017

DIE DREI SÄULEN DES SPD-WAHL-UND ZUKUNFTSPROGRAMMS

In den letzten Wochen hat die SPD ihr Wahl-und Zukunftsprogramm vorgelegt. Die Aussagen zu Steuer, Renten und Innere Sicherheit fehlten aber noch. Jetzt liegen sie vor und sie halten, was man versprochen hat: Sie sind ein durchfinanziertes Programm für die Zukunft Deutschlands und über den Wahltag hinaus!
Zentrale Säule des abschließenden Programms ist die Aussage der SPD zur

ENTLASTUNG VON STEUERN UND ABGABEN

1.Familienentlastung:
Die Kitagebühren werden schrittweise abgeschafft und es wird ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter geschaffen. Es wird zu einem **Familiengeld** von 300€ monatlich kommen, damit man sich um die Kinder oder die Pflege von Angehörigen kümmern kann. Die Bildung wird gebührenfrei, die Ausbildung ebenso wie das Erststudium.

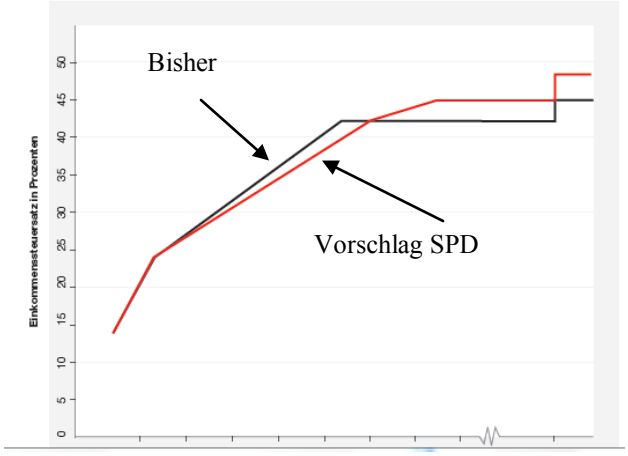
2.Familientarif:
Eheleute werden auch weiterhin gemeinsam steuerlich veranlagt. Der Ehepartner mit dem höheren Einkommen kann bis zu 20000€ auf seinen Ehepartner übertragen. Dadurch entsteht auch weiterhin der Splittingvorteil. Jeder Elternteil bekommt zusätzlich pro Kind einen Abzug von 150€ **von der Steuerschuld**. So kann ein Ehepaar mit drei Kindern im Jahr 900€ an Steuern sparen. Natürlich kann jedes Ehepaar aber auch anstelle des Familientarifs das bisherige Splittingmodell wählen. In den Genuss des Kinderbonus kommen auch Alleinerziehende und unverheiratete Eltern.

3.Entlastung bei den Sozialabgaben:
Die paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird wieder eingeführt; d.h. die Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern werden **gleich hoch** sein.

4.Entlastung von niedrigen Einkommen:
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen zahlen nur geringe oder gar keine Einkommenssteuer, haben also von einer Steuerentlastung nichts oder nicht viel. Sie zahlen aber viel Sozialabgaben. Daher wird die SPD eine **Beitragsentlastung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die zwischen 451€ und 1300€ monatlich verdienen, einführen.** Ihr Arbeitnehmerbeitrag zur Sozialversicherung wird nur allmählich ansteigen, sie erhalten aber dennoch die vollen Rentenansprüche. Die Defizite werden den Sozialversicherungsträgern aus Bundeshaushaltsmitteln erstattet.

5.Entlastung bei Solidaritätszuschlag und Steuern:
Durch den SPD-Vorschlag für eine Steuerreform wird insbesondere der sog. **Mittelstandsbauch** angegangen; d.h. die Bezieher mittlerer Einkommen, die bisher überproportional belastet werden, sollen entlastet werden. Das soll auf zweierlei Art und Weise erreicht werden:
-Zum einen soll der **Solidaritätszuschlag** für untere und mittlere Einkommen ab 2020 abgeschafft werden. Das macht jährlich etwa **10 Milliarden Euro** aus. Davon sollen Singles bis zu einem Jahreseinkommen von 52000€ und Verheirate bis zu einem Jahreseinkommen von 104000€ profitieren. Später soll auch für höhere Einkommen der Solidaritätszuschlag stufenweise abgeschafft werden,
-Zum anderen soll eine **gerechtere Einkommenssteuer** viele Menschen entlasten. Der aktuelle Steuersatz von 42 Prozent wird erst erhoben bei einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 60000€ (bisher 54000€) bei Singles , bei Verheirateten von 120000€ (bisher 108000€). Um dies zu finanzieren, wird der Spitzensteuersatz auf bis zu 45 Prozent angehoben, der dann ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 76200€(Singles) und 154000€(Verheiratete) fällig wird.
-Zur weiteren Finanzierung wird eine **Reichensteuer** von 48 Prozent eingeführt, die bei Ledigen ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von

250000€ anfallen wird.
-Die Abgeltungssteuer alter Form soll wegfallen, **Arbeit und Kapital werden gleich besteuert.**



6.Steuerbetrug und Steuervermeidung bekämpfen:
In Deutschland will die SPD einen **gerechten Steuervollzug**. Sämtliche aus einer Straftat erlangten Vermögenswerte und alle rechtswidrigen Gewinne sollen eingezogen werden. Deshalb sollen alle Steuerverwaltungen, Steuerfahndungen und Betriebsprüfungen personell verstärkt werden.
Außerdem soll es in Europa zu einer gemeinsamen Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer und von Mindeststeuersätzen kommen.

ZWEITE SÄULE :DIE RENTENREFORM

Seit Jahr und Tag wird in Deutschland über das zugegebenermaßen schwierige Thema einer Rentenreform geredet, meistens schwadroniert. Jeder weiß, dass aufgrund des demographischen Wandels unser heutiges Rentensystem in seiner bisherigen Form nicht weitertragen wird. Die SPD hat nun klare Leitlinien für ein zukünftiges Rentensystem entwickelt, das auch gerechnet ist. Diese Leitlinien sind:

1.Das Rentenniveau wird bei 48 Prozent gehalten. Es gibt kein weiteres Absinken mehr. Das ist notwendig, um auch in den folgenden Jahren eine noch werthaltige gesetzliche Rente anbieten zu können. Betriebsrenten sollen den Rentenbezug ergänzen.

2.Es wird eine Solidarrente eingeführt. Das bedeutet: Jeder, der eine bestimmte Zeit lang sozialversicherungspflichtig gearbeitet hat, erhält eine Rente, die mindestens 10 Prozent über dem Sozialhilfesatz liegt.

3.Die Rentenbeiträge werden auf 22 Prozent begrenzt. Dadurch ist gesichert, dass die „Jungen“ nicht übermäßig für die Finanzierung der Renten der „Alten“ herangezogen werden und selbst noch einen vernünftigen Anspruch auf eine gesetzliche Alterssicherung erwerben.

4.Das Renteneintrittsalter wird nicht erhöht. Es bleibt bei 67 Jahren und wird nicht, wie es in Unionskreisen zirkuliert, auf 70 Jahre erhöht. Das ist eine Frage der Lebensgerechtigkeit; bei einem höheren Eintrittsalter wird die Bezugsdauer der Rente zu kurz.

5.Die gegebenenfalls auftretenden Differenzbeträge bei der Finanzierung werden aus Steuermitteln ausgeglichen.

Dritte Säule:INNERE SICHERHEIT

Jede Deutsche und jeder Deutscher hat ein Recht darauf, vom Staat so weit wie irgend möglich vor Terrorismus und Kriminalität geschützt zu werden. Die SPD hat hierzu ein Programm erarbeitet, dessen wichtigste Teile sind:

1.Stärkung der Sicherheitsbehörden: Schnell muss es zu einer Effektivitätssteigerung bei den Sicherheitsbehörden kommen. Denn sie sind der Garant für mehr Schutz und Sicherheit in unserem Land. Dafür müssen sie aber auch die entsprechende personelle Ausstattung erhalten. Auf Bundesebene ist dabei in den vergangenen Jahren unter Führung verschiedener CDU-Innenminister vieles versäumt worden. Nunmehr müssen mindestens **15000 neue Bundespolizisten** eingestellt werden. Und: die technische Ausstattung der Sicherheitsbehörden muss deutlich verbessert werden. Die Behörden müssen technisch mit dem Verbrechen mithalten können, sonst geraten sie ins Hintertreffen.
Aber nicht nur die Polizei und der Verfassungsschutz müssen verstärkt werden, wir brauchen auch mehr Staatsanwälte und Richter, damit der Strafvollzug gewährleistet ist.

2.Ausbau der Videoüberwachung: Dort wo viele Menschen zusammenkommen (Plätze, Bahnhöfe, Sportstadien usw.) ist die Terrorgefahr oder die Gefahr von Straftaten besonders groß. Durch Videoüberwachung an solchen Stellen wird ein gewisser vorbeugender Schutz erreicht (z.B. bei Kleinkriminellen), sie dient aber auch bei der Straftataufklärung. Videoüberwachung ist kein Allheilmittel, aber sie ist eine große Hilfe.

3.Schwerpunkt Wohnungseinbrüche: In den letzten Jahren ist die Zahl der Wohnungseinbrüche stark angestiegen. Die Aufklärungsquote bei diesen Straftaten ist miserabel, nur 10-15Prozent. Die Polizei

muss personell verstärkt werden, damit sie besser gegensteuern kann, auch präventiv. Aber es müssen auch neue Methoden eingesetzt werden, wie z.B. die computergesteuerten Tatbildauswertungen nebst Ermittlung der nächsten Tatgebiete. Da viele Einbrüche durch gute Wohnungssicherungen verhindert werden können, will die SPD ein verstärktes Förderprogramm für den Einbau einbruchshemmender Türen und Fenster auflegen.

4.Verstärkung des Opferschutzes: In der Vergangenheit und auch heute befasst man sich sehr mit dem Täter, die Situation des Opfers kommt vielfach zu kurz. Das soll sich ändern. Der Opferschutz soll in den Mittelpunkt rücken.

5.Schaffung eines europäischen „FBI“: Sowohl Terror als auch organisierte Kriminalität machen an Staatsgrenzen nicht halt. Deshalb bedarf es einer europaweit arbeitenden zentralen Polizeiorganisation, die an Europol angegliedert werden könnte. Es ist zu befürchten, dass dieser Gedanke nicht bei allen EU-Staaten sogleich Fuß fassen wird, so dass es angezeigt ist, dass zunächst nur einige willige Staaten zusammenarbeiten. Die anderen können später hinzukommen.

6.Aufbau einer europäischen Grenzschutzpolizei: Aus der Erkenntnis heraus, dass Terror und Kriminalität vielfach ihren Ursprung außerhalb von Europa haben und von dort zu uns kommen, ist es notwendig eine europäische Grenzschutzpolizei einzurichten.

NEUER VORSTAND FÜR SPD-OV OLSBRÜCKEN-FRANKELBACH

In einer sehr gut besuchten Mitgliederversammlung hat der SPD-Ortsverein Olsbrücken-Frankelbach seinen alten Vorstand entlastet und einen neuen gewählt.

OV-Vorsitzender Rolf Künne fasste in seinem Tätigkeitsbericht zusammen: Die vergangenen zwei Jahre waren sehr erfolgreich, insbesondere in Olsbrücken konnten auf Initiative der SPD eine Vielzahl von Projekten auf den Weg gebracht und in einigen Fällen mittlerweile abgeschlossen werden. Der Zusammenhalt und die Stimmung im Ortsverein seien sehr gut und man habe erfreulicherweise auch einige neue Mitglieder gewinnen können. Nachdem Kassiererin Grit Wehrmann noch von einer gut gefüllten Ortsvereinskasse berichten konnte, fiel es der Versammlung leicht, **dem Vorstand einstimmig Entlastung zu erteilen.**

Vor den Vorstandswahlen bedankte sich Vorsitzender Rolf Künne beim bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden **Richard Felzmann**, der nicht mehr für den Vorstand kandidierte, für seine langjährige hervorragende Vorstandsarbeit und überreichte ihm als Zeichen der Anerkennung ein Weinpräsent.
Die sich daran anschließenden Neuwahlen zum Vorstand, die in großer Harmonie und Einheitlichkeit erfolgten, brachten folgende Ergebnisse:

Vorsitzender: Rolf Künne, Frankelbach
Stellvertretender Vorsitzender:
Walter Schneck, Olsbrücken
Kassiererin: Grit Wehrmann, Olsbrücken
Schriftführer: Michael Jung, Frankelbach
Beisitzer: Martina Gehm, Olsbrücken
Dieter Gehrke, Olsbrücken
Zu Kassenprüfern wurden gewählt: **Vera Raquet und Rita Schumacher, beide Frankelbach.**
Stellvertretender Kassenprüfer wurde: **Thorsten Haferanke, Frankelbach.**

Abschließend wurden in der Mitgliederversammlung die Wahlkampfinitiativen festgelegt:
Sowohl der SPD-Bundestagskandidat **MdB Gustav Herzog** als auch der SPD-Landratskandidat **Martin Müller** werden sowohl in Olsbrücken als auch in Frankelbach Bürgerinnen und Bürger an deren Häusern besuchen. Begleitet werden sie dabei von Walter Schneck in Olsbrücken und Richard Felzmann in Frankelbach. Neben der Plakatierung wird noch jeweils mit den Kandidaten in der „Dorfschell“ ein Interview veröffentlicht werden:
Mit MdB Gustav Herzog in der Juniausgabe, mit Landratskandidat Martin Müller in der Augustausgabe.

IMPRESSUM:
Die Dorfschell – Zeitung des SPD Ortsvereins Olsbrücken/Frankelbach erscheint kostenlos für alle erreichbaren Haushalte in Olsbrücken und Frankelbach.
Auflage dieser Ausgabe: 660
Redaktion: Rolf Künne (V.i.S.d.P)

Interview mit MdB Gustav Herzog

Der DORFSCHELL hat den Bundestagsabgeordneten Gustav Herzog (SPD) in der letzten Sitzungswoche dieser Wahlperiode gesprochen. Ein guter Zeitpunkt für Bilanz und Ausblick:

Dorfschell: In den nächsten Tagen wird die parlamentarische Arbeit in Berlin zu Ende gehen. Wie zufrieden sind Sie mit dem Ergebnis dieser Wahlperiode?

Gustav Herzog: Die SPD hat bereits im Koalitionsvertrag 2013 in vielen Bereichen die richtigen Ziele eingebracht. Anfang 2014 ging dann die Umsetzung los. Unsere Kernprojekte darin sind gut für die Menschen, gut für unser Land und wir haben sie jetzt weitestgehend umgesetzt.

Dorfschell: Können Sie Ihre wichtigsten Reformen konkret nennen?

Gustav Herzog: Die SPD ist dafür gewählt worden, den Mindestlohn einzuführen, die Kommunen finanziell zu unterstützen und mehr Ordnung auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen. Andrea Nahles und die SPD haben geliefert. Auch die s. g. Rente mit 63 ist ein toller Erfolg: allein 2016 konnten über 250.000 Menschen nach 45 Beitragsjahren abschlagsfrei in den Ruhestand!

Dorfschell: Und wie sieht es mit der Bilanz in Ihrem Fachbereich Verkehrspolitik aus?

Gustav Herzog: Mit dem „Bundesverkehrswegeplan 2030“ habe ich für die SPD-Fraktion mein Meisterstück abgeliefert. Und ein wenig stolz bin ich, dass die notwendigen Projekte unserer Region gut platziert sind.

Dorfschell: Sie meinen die Ortsumgehung Olsbrücken?

Gustav Herzog: Ja, mit der Einordnung als „Vordringlicher Bedarf“ können Bürgerdialog und das Planungsverfahren weiter stattfinden. Hinzu kommen der Ausbau der A6, die Ortsumfahrung Schönenberg-Kübelberg und natürlich der Baubeginn bei Imsweiler. Auch unsere Schienenverbindung von Saarbrücken über Kaiserslautern nach Mannheim wird ertüchtigt.

Dorfschell: Sie werden demnächst den Wahlkampf beginnen. Mit welchen Positionen wollen Sie die Wählerinnen und Wähler überzeugen?

Gustav Herzog: Wieso demnächst? Wahlkampf ist doch immer! *(lacht)* Aber im Ernst - ich bin nicht erst vor Wahlen in der Region unterwegs. Präsenz im Wahlkreis ist mir immer wichtig.
Zu den Themen: Unsere Hauptbotschaft „Zeit für mehr soziale Gerechtigkeit“ beinhaltet ganz viel, was mir wichtig ist und was wir als SPD anpacken wollen. Ein paar Beispiele: Wir wollen eine deutliche Entlastung von Familien. Dafür sollen schrittweise Kita-Gebühren abgeschafft werden, steuerliche Verbesserungen für Familien und auch für Unverheiratete und Alleinerziehende geschaffen werden und das Kindergeld erweitert werden.
Wir wollen auch deutliche Entlastungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit kleinen bis mittleren Einkommen. Für sie soll der „Soli“ wegfallen, die Sozialabgaben geringer werden und der Grundfreibetrag bei der Steuer erhöht werden. Auch die Rückkehr zur vollständigen Parität bei der Krankenkasse kommt allen zu Gute! Zur Rente: Mit einem guten und zukunftsfesten Rentenkonzept hat Andrea Nahles schon jetzt begonnen, da ist aber für eine SPD-geführte Regierung noch mehr drin!
Mir liegen als Bürger und Vertreter einer ländlichen Region zudem die Fragen nach den gleichwertigen Lebensverhältnissen in Stadt und Land besonders am Herzen. Da nenne ich beispielhaft die geplanten Investitionen in Bildung, den weiteren Ausbau moderner Verkehrswege, schnelles Internet für alle bis 2025 und eine gute ärztliche Versorgung in der Fläche.

Dorfschell: Das sind ja wirklich viele Projekte, die Sie und die SPD sich vorgenommen haben! Möchten Sie denn zum Abschluss die Gelegenheit für einen Appell nutzen?

Gustav Herzog: Ja, gerne! Ich bitte alle Wählerinnen und Wähler, sich über die politischen Angebote der Parteien zu informieren und am 24. September wählen zu gehen. Unsere Zukunft im Land und in der Region muss heute schon gestaltet werden und die SPD hat dafür das richtige und gerechte Konzept. Als Ihr SPD-Kandidat für die Region kann ich Ihnen versichern: Meine langjährige Erfahrung, meine fachliche Kompetenz und mein Engagement sind kein Selbstzweck – ich will sie auch weiterhin als Ihr Wahlkreisabgeordneter in den Dienst unserer Region stellen!

ZEIT FÜR INVESTITIONEN

Deutschland ist ein starkes Land. Die Wirtschaft wächst und die Beschäftigungslage ist gut. Damit es so bleibt, müssen wir heute investieren. Aber: Unter den Industrieländern hat Deutschland eine der schlechtesten öffentlichen Investitionsquoten. Die SPD will unser Land modernisieren und Geld für unsere Kinder, für eine leistungsfähige Infrastruktur und für den sozialen Zusammenhalt in die Hand nehmen. Deshalb gilt bei der Steuer-und Finanzpolitik: VORFAHRT FÜR INVESTITIONEN!

1.Die besten Schulen: Mit ihrem Schulmodernisierungsprogramm sorgt die SPD für gut ausgerüstete Klassenzimmer, digitale Bildung und modernste Ausstattung, das gilt insbesondere für die Berufsschulen,
2.Kinderbetreuung: Es wird ein besseres Angebot für Krippen, Kitas, Kindertagespflege, Horten und Ganztagsschulen geben. **Die Kita-Gebühren werden abgeschafft,**
3.Investition in Fachkräfte: Bildung und Ausbildung werden gebührenfrei-die Ausbildung ebenso wie das Erststudium bis zum Master und zur Meister- und Technikerprüfung,
4.Neue bezahlbare Wohnungen: Der öffentliche und soziale Wohnungsbau wird ausgebaut. der Erwerb von Wohneigentum für Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen wird durch ein Familienbaugeld erleichtert,
5.Schnelles Internet für alle: Im Jahr 2025 will die SPD moderne digitale Infrastrukturen flächendeckend haben, um die digitale Spaltung zwischen städtischen Ballungszentren und ländlichen Räumen zu überwinden,
6.Investitionen in Innovationen: Neue Ideen sollen durch einen „Forschungsbonus“ für Unternehmen, verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten für Forschungs-und Entwicklungsausgaben und einer guten Finanzierung der Wissenschafts-und Hochschulprojekte gefördert werden,
7.Zusammenhalt jetzt und in Zukunft: Die SPD will Programme wie „Soziale Stadt“ oder „Demokratie leben“, die Stadtentwicklung , Sicherheit, Stärkung unserer Demokratie, Engagement und Hilfe für Jung und Alt verbinden. Das dient dem sozialen Zusammenhalt.
8.Energieeffizienz als Beitrag für den Klimaschutz: Deutschland soll zur energieeffizientesten Volkswirtschaft der Welt werden. Der öffentliche Gebäudebestand und der öffentliche Nahverkehr sollen zu Vorbildern des nachhaltigen und energieeffizienten Verbrauchs sich entwickeln.
Die zusätzlichen Zukunftsinvestitionen in diesen Bereichen sollen aus den Überschüssen im Bundeshaushalt bis 2021 finanziert werden. Die Finanzplanung des Bundes bietet hierfür genug Spielräume.

PARKPLATZREGELUNG FÜR PLATZ AM MILCHHÄUSCHEN UND MITFAHRERPLATZ

Nach Abschluss der Ausbauarbeiten an der Wörsbacher Straße sei es nun an der Zeit, so der SPD-Fraktionsvorsitzende **Gerhard Klein** in der Ortsgemeinderatssitzung vom 17.Mai2017, den Platz am Milchhäuschen wieder-ggfs. nur vorübergehend- zum Parkplatz zu machen. Man könne so den Bürgerinnen und Bürgern, die mit dem Auto in die Ortsmitte von Olsbrücken kommen, ein erweitertes Parkplatzangebot machen. Solange nicht entschieden sei, wie es endgültig mit dem Platz am Milchhäuschen weitergehen solle, sei die vernünftigste (Zwischen-) Lösung, die einer **Parkplatzeinrichtung.** Damit es nicht zum Dauerparkplatz insbesondere für Berufspendler komme, solle eine **Parkzeitbegrenzung wie auf dem Dorfplatz** eingerichtet werden. Diese habe sich mittlerweile bewährt und werde auch akzeptiert, so dass alles dafür spreche, auf dem Milchhäuschenplatz genauso zu verfahren.
Damit man aber auch den Interessen der Dauerparker (Berufspendler) gerecht werde, solle der ehemalige Mitfahrerparkplatz am Ortsausgang (Richtung Kaiserslautern) reaktiviert werden.

Dafür solle der Landesbetrieb Mobilität (LBM) mit ins Boot genommen werden, auch damit die anfallenden Unterhaltungskosten von der Gemeinde so weit wie möglich ferngehalten werden könnten. Dabei sei es angezeigt, für die Stammholzlagerung eine endgültige Regelung zu finden.
Der Ortsbürgermeister sagte eine Prüfung der Anregungen und Aufforderungen zu.

GRÜNFLÄCHE AMWALDHOF /HOHLSTRAßE AUSGEBAUT

Ein wesentlicher Teil ist geschafft und er ist gut gelungen! Das Grünflächendreieck zwischen der Straße Am Waldhof und der Hohlstraße ist weiter gestaltet und geht der Fertigstellung entgegen .
Nachdem vor einigen Wochen unter der Leitung von **Matthias Fischer** einige Mitglieder des SPD-Ortsvereins einige Vorarbeiten am Gelände geleistet hatten, wurde am 10. Juni die Bepflanzung gesetzt. Eine Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern, erneut unter Leitung von Matthias Fischer, pflanzten Sträucher und andere Pflanzen. Sponsoren, u.a. auch der SPD-Ortsverein, hatten die finanziellen Mittel für das Material zur Verfügung gestellt. Und: **Das Ergebnis kann sich sehen lassen.**
Die Grünfläche, die zuvor drohte zu verwildern, wird jetzt ein Platz werden, der nicht nur schön und gefällig aussieht, sondern auch zum Verweilen einlädt. Allerdings sind bis zur endgültigen Fertigstellung noch Restarbeiten zu erledigen. So muss die Bank noch befestigt und der Weg noch zu Ende gebaut werden. Später soll noch die Blühwiese/Bienenweide angelegt werden.
Ein besonderer Dank gebührt Matthias Fischer, der nicht nur die Idee hatte, sondern auch die Gestaltung plante und für die Umsetzung sorgte. Dank ist auch allen Helfern und Sponsoren zu sagen.
Also: Mit Bürgersinn und Bürgereinsatz kann man erfreuliche Ergebnisse in der Gestaltung des Ortsbildes erzielen.

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

das Wahl-und Zukunftsprogramm der SPD liegt nunmehr vor. Es enthält moderne, zukunftzugewandte Aussagen und Vorhaben, die weit über den Wahltag hinausreichen. Die SPD hat sich Zeit gelassen mit der Vorlage ihrer Wahl-und Zukunftsaussagen. Das ist vielfach kritisiert worden. Aber: **Was jetzt vorliegt, ist durchdacht und durchkalkuliert und kann –und soll- umgesetzt werden.** Lieber ein bisschen Zeit lassen und dafür sich sorgfältig und belastbar äußern. Kein blaues Versprechen aus der dünnen Luft. Und **keinesfalls** gilt der Satz: Was stört mich mein Gerede von vor der Wahl!
Die Wähler wissen, woran sie inhaltlich bei der SPD sind. Das kann man von den SPD-Mitbewerbern zurzeit nicht behaupten, weil ein Programm, geschweige dann eine Zukunftsaussage, nicht vorliegt.

Also: Die SPD geht inhaltlich gerüstet in die Bundestagswahl. Eine Wahl, aus der die SPD trotz zurzeit schlechter Umfragewerte und böser Niederlagen bei Landtagswahlen gestärkt hervorgehen kann.